

Editorial

Politische Themen werden in immer rascherer Folge gesetzt. Oft bleibt kaum Zeit, sich ausreichend zu informieren oder Abstand zum Nachdenken zu gewinnen. Heft 3 von GWP gibt wieder Gelegenheit „aufzuholen“, nachzulesen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Das Heft berichtet von der „unfertigen“ Wahlrechtsreform in Deutschland. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem Gesetzgeber zwei Jahre Zeit gegeben, um das „negative Stimmgewicht“ im Wahlrecht zu beseitigen. Inzwischen hat sich die Diskussion ausgeweitet auf die „Überhangmandate“ und ist vor allem Opfer der politischen Kalküle im Parteienwettbewerb geworden.

GWP diskutiert auch die kontroversen gesellschaftspolitischen Themen „Jugendverschuldung“ und „Armut durch Hartz IV“. Heiß umstritten ist eine weiteres Thema, das wir näher beleuchten: Ist es gerechtfertigt, Nahrungsmittel zu Energiequellen zu machen? Die Öffentlichkeit teilt sich zudem rasch in Befürworter und Gegner bei zwei weiteren Themen von Heft 3: Wie soll mit der Sicherheitsverwahrung von Gewaltverbrechern umgegangen werden? Und ist der Bildungsföderalismus, der bei einem Schulwechsel von einem Bundesland zum anderen Eltern und Schülern immer wieder Probleme bereitet, noch zu rechtfertigen?

Häufig wurde in der letzten Zeit die Frage gestellt, wofür steht eigentlich die Regierung Merkel außenpolitisch. Eine große Herausforderung – nicht zuletzt angesichts der heftigen Kritik an Deutschlands Politik im befreundeten Ausland – ist Deutschlands Absicht, eine wichtige Rolle im UN-Sicherheitsrat zu spielen. Dieses Thema behandeln wir ebenso wie den grundsätzlichen Vorwurf, Deutschland isoliere sich mit seiner Außenpolitik – einige behaupten, auch innerhalb der Europäischen Union, wenn es um die Bewältigung der diversen Schuldenkrisen geht.

Zum Stichwort Schuldenkrise haben wir in Heft 2 auf die Strategien der deutschen Länder bei der Umsetzung der „Schuldenbremse“ verwiesen. Hier hat sich in der Zwischenzeit das Nebeneinander unterschiedlicher Strategien fortgesetzt. Mecklenburg-Vorpommern hat nun auch eine Schuldenbremse in seiner Verfassung. Bremen will das vierte Land werden, das seine Verfassung entsprechend ändert. Anders Nordrhein-Westfalen und neuerdings Baden-Württemberg, die das Thema Haushaltsausgleich politisch weniger stark gewichten. Wie wir in die Misere geraten sind, beleuchtet unsere Kolumne zum Thema Finanzkrise.

Heft 3 bietet auch wieder eine Internet-Recherchehilfe. Diese hat sich als nützliches Instrument des direkten und aktuellen Zugangs zu Themen von grundsätzlicher Bedeutung erwiesen. Diesmal ist das Thema das Amt des Bundespräsidenten.

Last but not least: Auf Seite 383 beginnt eine Würdigung unserer Co-Herausgeberin Prof. Sibylle Reinhardt anlässlich ihres 70. Geburtstages.

Und noch eine „Hausmitteilung“: Unser Autor Christian Fischer erhielt den Planspielpreis des Zentrums für Management Simulation der Dualen Hochschule Baden-Württemberg für sein Planspiel „Planwirtschaft“ (s. GWP 1-2008).

Die Herausgeber